0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Mai 05/2004

Projekt : "Stolpersteine"

Neustadt

Mit großem Interesse lese ich im "Bremer Anzeiger", dass der Beirat Neustadt auf Antrag des PDS-Vertreters Alexander Jung das Projekt "Stolpersteine" unterstützen und fördern will. Es geht um Pflastersteine, die mit einer 10 x 10 cm großen Messingtafel bestückt, ebenerdig in den Bürgersteig vor früheren Wohnorten von Naziopfern eingelassen werden und mit einer entsprechenden Aufschrift an diese erinnern sollen. Berichtet wird, dass mittlerweile in über 20 Städten mehr als 3.000 dieser kleinen Denkmäler eingesetzt wurden. Der Beirat ruft auf, bei der Spurensuche nach ganz konkreten Namen und Adressen verfolgter Juden, Sinti und Roma, Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten, Menschen mit Behinderungen oder anderer Opfergruppen zu helfen. Wer Erinnerungen an Opfer des faschistischen Terrors hat, kann sich beim Ortsamt Neustadt, Tel. 361-8185 melden.



"Wer früh beginnt, hat mehr vom Lesen."
Wir haben unsere "Fans" auch in der jüngeren Generation.

Ich halte dieses Vorhaben des Beirates für außerordentlich wichtig und möchte dazu mein eigenes Beispiel anführen. Von 1927 - 1935 besuchte ich die Volksschule an der Kantstraße. Einer meiner Klassenkameraden war Alfred Bostelmann. Er wohnte in der Kantstraße 42. Wie ich aus Dokumenten der VVN-BdA und aus einer Arbeit von Susanne Engelbertz erfahren habe, wurde Alfred, weil er als Zeuge Jehovas den Wehrdienst verweigerte, im Oktober 1942 verhaftet, wegen "Wehrkraftzersetzung" zum Tode verurteilt und im März 1943 im Zuchthaus Brandenburg/Górden hingerichtet. Ich möchte, dass ein solcher "Stolperstein" in die Kantstraße eingesetzt wird und werde mich dafür einsetzen, dass insbesondere Anwohner der Kantstraße davon Kenntnis nehmen, das befürworten und - auch finanziell - unterstützen. Dies habe ich dem Ortsamtsleiter Herrn Fischer bereits mitgeteilt.

Nach meiner bisherigen Kenntnis sind auch die folgenden Opfer des Faschismus, die damals in der Neustadt wohnten, in dieser Form zu ehren. Selma Zwienicki, Hohentor-Straße 49/53; Heinrich Rosenblum, Thedinghauserstraße 46; Johannes Bischops, Grosse Johannisstraße 207; Theophil Jazdziewski, Oderstraße 109; Weinheim, Isarstraße 33 und ein Alfred Göbel, Neuenlanderstraße - Es wird sicherlich nicht leicht sein, für sie alle Initiativen von Bewohnern dort zu entwikkeln, wo sie einmal gewohnt haben. Aber sich darum bemühen, würde in jedem Falle ein wichtiges Stück Aufarbeitung der Vergangenheit im Sinne von "Erinnern für die Zukunft" bedeuten.

Herbert Breidbach

Gröpelingen

Bei der letzten Sitzung des Bildungs-Ausschusses habe ich es übernommen Nachforschungen zum Schicksal zweier jüdischer Mitbürger durchzuführen, deren Hausbesitz bzw. Geschäft in Gröpelingen 1936/38 durch nationalsozialistisches Unrecht zwangs"arisiert" wurde. Es handelt sich zum einen um Hermann Littmann, Dennewitzstraße 24 (heute Johann-Kühn-Straße) und zum zweiten um Eva Chaskel, Erbschaft Gröpelinger Heerstraße 198 / Lindenhofstraße 2. Aufgrund der gefundenen Unterlagen beantrage ich die Bereitstellung von Mitteln zur Einsetzung eines Stolpersteins für Familie Littmann (Hermann und Rachela, Rosa und Fanny) vor dem Haus Johann-Kühn-Straße 24. Familie Chaskel konnte dem Tod durch Auswanderung entgehen.

Nachforschungen im Staatsarchiv (Wiedergutmachungsakten) machen folgende Situation deutlich:

Hermann Littmann wird am 31.12.1874 in Kalusz/Galizien geboren. Der gutsituierte Geschäftsmann polnischer Nationalität und jüdischer Religion kommt 1920 mit seinem Sohn Kiwa nach Bremen, kauft in der Dennewitzstraße 24 ein Haus mit drei Wohnungen und eröffnet ein Kolonialwarengeschäft. Die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung lehnt die Polizeidirektion Bremen im März 1921 zunächst ab. Darauf bezieht er eine Wohnung mit drei Zimmern in dem von ihm gekauften Haus gemeinsam mit seiner Frau Rachela, geb. Popper, geb. am 18.12.1878 in Kalusz, den beiden Söhnen Leon und Kiwa, sowie den Töchtern Rosa und Fanny. Die beiden anderen Wohnungen werden vermietet. Bald betreibt die Familie in Gröpelingen eine gut gehende Marinieranstalt, einen Heringsgroßhandel und ein Ladengeschäft. Sie beschäftigen dort drei bis sechs Frauen und eine Vorarbeiterin, Maria Scharf. Am 01. April 1933 wird das Geschäft von SA und SS umstellt und mit Boykott- und Hassparolen beschmiert. Den beiden Söhnen Leon (Jahrgang 1908) und Kiwa (Jahrgang 1902) gelingt Ende 1936 die Auswanderung nach Philadelphia/USA. Am 27. Oktober 1938 verfügen die Bremer Behörden die Ausweisung der Familie Littmann nach Polen.

Weiter auf Seite 2

Nachbarn der Mordmaschinerie preisgegeben

Die Achimer Juden haben ihre Identität nicht geleugnet und ihre Religion gelebt, trotzdem waren sie weltoffen und modern. Als Vereinsmitglieder waren sie ebenso wie als Nachbarn und Geschäftsleute angesehen. Zu diesem Schluss kommt Andreas Voß in seinem nun vorgelegten Buch "Die jüdische Gemeinde in Achim". Warum den christlichen Einwohnern die Entrechtung, Verfolgung und schließlich Vernichtung ihrer jüdischen Nachbarn in der Nazizeit von 1933 bis 1945 egal war, warum sie sich daran beteiligten, vermag auch er nicht hinreichend zu erklären.

In seinem 120 Seiten starken Buch gibt Andreas Voß allerdings Hinweise auf die ersten Risse, die das Bild vom friedlichen Zusammenleben von Achimer Juden und Christen bereits während der Kaiserzeit und verstärkt während der 1920er Jahre bekommt: Die Scheiben des Kornhauses der Gebrüder Alexander werden schon 1890 eingeworfen. Der jüdische Friedhof in Achim wird mehrfach geschändet. Ab 1924 finden in Achim die ersten Wahlversammlungen des völkisch-sozialen Blocks, einer Vorgängervereinigung der NSDAP, statt. Bereits bei der Stichwahl zur Reichspräsidentenwahl im April 1932 wäre nach dem Willen der Achimer nicht Hindenburg, sondern Hitler Reichspräsident geworden. Die Ausgrenzung und Verfolgung der Juden beginnt in Achim sofort nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler im März 1933 - früher als andernorts. Eifrig beteiligen sich nicht nur die Beamten, sondern auch Bürger daran: vom Geschäftsboykott bis zur Bereicherung an jüdischem Besitz in der Reichspogromnacht. Voß führt als Erklärungsansätze rudimentäre Vorurteile und Neid gegenüber Juden an, erklärt das Wegschauen bei der öffentlichen Diskriminierung von Juden mit der Angst vor persönlichen Nachteilen. Akzeptieren mag der 29-Jährige diese Gründe indes nicht, wie er in seinem Nachwort betont.

Wer das Buch bis dahin liest, hat bereits einen detaillierten Einblick in die Geschichte der Achimer Juden erhalten. Andreas Voß spannt den Bogen weit - von der Ansiedlung des ersten so genannten Schutzjuden um 1745 bis zu den Wiedergutmachungsverfahren nach 1945, in denen die Stadt Achim die von geflohenen Juden übernommenen Grundstücke nicht wieder hergeben wollte. Die dazwischen liegenden Kapitel behandeln die Entwicklung der Synagogengemeinde, die Geschichte der Händlerfamilien Seligmann, Heilbronn, Anspacher und beleuchten die Verfolgung sowie Ermordung der Achimer Juden.

Um das Bild jüdischen Lebens in Achim über einen Zeitraum von 200 Jahren so genau wie möglich nachzuzeichnen, hat Voß in den Archiven von Achim, Verden, Stade und Bremen zahlreiche Dokumente gesichtet. Der Realschullehrer hat zudem Interviews mit ehemaligen Achimer Juden geführt, die vor dem nationalsozialistischen Grauen ins Ausland fliehen konnten oder wie Curt Parker (vormals Anspacher) den Holocaust überlebt haben. Die bereits erschienene Literatur zu diesem Thema hat Voß, der mit anderen Gymnasiasten Anfang der 90er Jahre in einer Arbeitsgemeinschaft erstmals die Spurensuche nach jüdischem Leben in Achim aufgenommen hatte und an der Uni Oldenburg dazu eine Examensarbeit verfasste, mit seinem Werk erweitert. Manche bislang überlieferte Zeitzeugenaussage ist nun endgültig widerlegt - etwa die, dass die Achimer Juden alle in der Reichspogromnacht vom 09. November 1938 deportiert worden seien. Tatsächlich lebten einige Mitglieder der Familie Anspacher noch bis 1941, einige der Familie Seligmann noch bis 1942 in der Stadt, ehe sie deportiert wurden und der nationalsozialistischen Mordmaschinerie zum Opfer fielen.

Das im Eigenverlag erschienene, mit Bildern und Dokumenten ausgestattete Buch "Die jüdische Gemeinde in Achim - 1742 bis 1942" kostet 12,50 € und ist an folgenden Stellen erhältlich: Buchhandlung Götze, Bücherwurm, Schreibwaren Mildner, Papierhaus Bengen, Papier Schröder, Touristeninformation im Rathaus und Toto-Lotto Hell. Eine Direktbestellung ist auf der Internetseite (www.voss-achim.de) des Autors Andreas Voß möglich.

Matthias Makosch
(Achimer Kurier vom 30.3.2004)

Rechte im Schafspelz

"Seit Jahren findet eine schleichende Übertragung politischer Entscheidungskompetenzen an die Großindustrie statt. Das Volk protestiert gegen eine Wirtschaftsordnung, die nur in Geld, Profit, Dividende denkt. Der Kapitalismus ist die Wurzel der Zerstörung ..." "Marx proklamierte ... Sozialismus oder Barbarei. Gegenwärtig scheint die Barbarei in Form der Wirkungen der Globalisierung zu kommen." Wer glaubt, dies sei der Text eines Flugblattes der Linken, der irrt. Diese Sätze stammen aus Flugblätter und Publikationen der extremen Rechten.

Am Dienstag, 11. Mai um 20:00 Uhr, klärt Gerald Scheidler, Politikwissenschaftler und Gewerkschftler aus Frankfurt darüber auf, dass es neben den Stiefelnazis und Stammtischhetzern auch die Ideologen und "intelligente" Nazis gibt.

Fortsetzung von Seite 1

"Ich weiß, dass man die Eheleute so aus der Wohnung oder aus dem Laden weggeholt hat, wie sie waren, ohne dass sie irgendetwas mitnehmen konnten. Frau Littmann hatte beispielsweise nur Hausschuhe an," sagt Charlotte Lange 1957 gegenüber dem Amt für Wiedergutmachung aus. Verwaltung von Wohnung und Waren werden für zwei Wochen ihrer Vorarbeiterin Marie Scharf übertragen. Sparkassenbuch, Wertgegenstände, Uhren und Bargeld der Familie Littmann werden von der Polizei eine Woche später bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt. Charlotte Lange erhält die Schlüssel und soll den Haushalt der Littmanns auflösen und ihre Steuerschulden begleichen. Dazu bekommt sie von Hermann Littmann schriftliche Vollmachten zugeschickt. Persönliche Dinge der Familie schickt sie über Spediteur Wilhelm Rosebrock nach Polen. Dort kommen sie nie an. Der letzte Brief aus Kalusz an Charlotte Lange datiert vom 09.10.1940.

Firma Hartjen & Co. mietet über Rechtsanwalt Dr. Galperin Haus und Grundstück für gewerbliche Zwecke. Laut Erklärung des Vorsitzenden der Israelitischen Gemeinde, Carl Katz, werden Hermann Littmann, seine Frau Rachela und die beiden Töchter Rosa und Fanny 1942 in ein Vernichtungslager im Osten deportiert und kehren nicht wieder zurück. Am 30.03.1957 werden sie vom Amtsgericht Bremen für tot erklärt.

Raimund Gaebelein (PDS im Beirat Gröpelingen)

Aumund

Ernst Sell geboren am 30.01.1914 in Bremen-Aumund, erlernte den Kaufmannsberuf, die Eltern und Geschwister waren aktive Sozialdemokraten, im Arbeitersport, in Gewerkschaft und Reichsbanner. Im Reichsbannerprozess im August 1935 waren ein Bruder und ein Schwager wegen illegaler Fortführung der Sozialdemokratie angeklagt. Ein anderer Bruder war zeitweilig im KZ Sachsenhausen. Ernst Sell wurde im Arbeitsdienst denunziert, 1936 vom Oberlandesgericht in Hamm zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die er in Graz bei Breslau (heute Wroclaw) ableistete. Im Anschluss an seine Haft kam er ins KZ Sachsenhausen und später ins KZ Buchenwald, wo er am 17.05.1944 an einer schweren Tuberkulose verstarb.

Raimund Gaebelein

Ein kleines Bergen-Belsen

Geschichtspolitik in Niedersachsen: Kommune und Landkreis verhindern eine Gedenkstätte in Sandbostel Der Chronist der britischen Grenadier Guards war empört und schockiert: In Anlehnung an das KZ Bergen-Belsen bezeichnete er das von seiner Truppe am 29. April 1945 befreite Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglager Sandbostel bei Bremervörde als "minor Belsen". Die vorgefundenen Zustände spotteten jeder Beschreibung: 7.000 KZ-Häftlinge - viele von ihnen todkrank - waren dabei zu verhungern. Der Gesundheitszustand eines großen Teils der 14.000 alliierten Kriegsgefangenen war ebenfalls sehr schlecht. Die Wut der britischen Truppen wurde noch dadurch gesteigert, dass Wehrmacht und SS mit aller Macht versucht hatten, ihren Vormarsch zu stoppen und die Befreiung des Lagers zu verhindern. Es verwundert daher nicht, dass sie zunächst beabsichtigten, die verbliebenen Angehörigen der Wachmannschaft zu erschießen und den Ort Sandbostel sowie einige Dörfer in der Umgebung niederzubrennen.

Obwohl die Anwohner des Lagers von der Zwangsarbeit der Kriegsgefangenen auf ihren Bauernhöfen profitiert hatten, hatten sie zumeist kein Mitgefühl mit den Geschundenen. Der an sie ergangene Befehl, die Gefangenen zu versorgen und die Kranken unter ihnen zu pflegen, konnte von der britischen Besatzungsmacht nur mittels Androhung von Repressalien durchgesetzt werden. Verantwortungs- und Erinnerungsabwehr bestimmen in Sandbostel und Umgebung bis heute das Verhältnis zur NS-Vergangenheit.

Dabei kann sich mit Unwissenheit heute niemand mehr herausreden: 1991 legten Klaus Volland und Werner Borgsen eine umfangreiche Studie über das Lager vor. Ein Jahr später entstand der Verein "Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel", der in Bremervörde ein Büro unterhält, mit einer Ausstellung über die Geschichte des Lagers informiert und Führungen über das Lagergelände anbietet.

Das primäre Anliegen des Vereins, dort eine Gedenkstätte einzurichten, scheiterte allerdings bisher stets am Widerstand staatlicher und kommunaler Gremien.

Die Entwicklung des "Stammlagers" (Stalag) Sandbostel im Wehrkreis X spiegelt den Verlauf des Zweiten Weltkriegs wider: Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 01. September 1939 waren hier vor allem polnische Soldaten interniert, die anfangs noch in Zelten hausen mussten. 1940 kamen belgische und französische Kriegsgefangene hinzu, 1941 Jugoslawen und Rotarmisten. Nach dem Sturz Mussolinis 1943 trafen die ersten Transporte italienischer "Militärinternierter" ein. In der Folge des Warschauer Aufstands 1944 waren dann auch Polinnen kurzfristig im Lager Sandbostel eingesperrt.

Die sowjetischen Gefangenen standen in der von den Deutschen erdachten Lagerhierarchie ganz unten. Die Genfer Konvention, die die Behandlung von Kriegsgefangenen regelt, hatte für sie keine Gültigkeit. Briefkontakt zu Angehörigen in der Heimat war ihnen untersagt. Bei minimaler Verpflegung mussten sie Schwerstarbeit leisten. Die Delegationen des Internationalen Roten Kreuzes, die regelmäßig das Lager besuchten, bekamen sie nie zu sehen. Tausende von ihnen starben an vermeidbaren Krankheiten, Unterernährung oder in Folge der mörderischen Schikanen des Wachpersonals.

Die Raum- und Verpflegungssituation verschärfte sich Mitte April 1945, als die SS begann, Tausende Häftlinge aus dem KZ Neuengamme und seinen Außenlagern auf Todesmärschen nach Sandbostel zu treiben. Seit Oktober 1944 hatte sie hier ohnehin das Sagen: Verantwortlich für alle Lager im Wehrkreis X war ab diesem Zeitpunkt der SS- und Polizeiführer von Bassewitz-Behr. Die Wachmannschaft wurde jedoch in Form einer Stabs- bzw. Stammkompanie weiterhin von der Wehrmacht gestellt. Ihre Angehörigen schlugen noch kurz vor der Befreiung des Lagers, in der Nacht vom 19. auf den 20. April 1945, eine Hungerrevolte der Häftlinge brutal nieder: 300 ausgemergelte, verzweifelte Menschen wurden mit Maschinengewehren zusammengeschossen.

Heute erinnert nichts an die Geschichte des Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers. Bis 1947/48 nutzten die Briten das Gelände mit seinen von den Häftlingen errichteten Baracken als Internierungslager für SS- und NSDAP-Funktionäre, dann wurde es Außenstelle des Zuchthauses Celle und ab 1952 Durchgangslager für jugendliche DDR-Flüchtlinge. 1974 kam die Privatisierung: Es entstand das "Gewerbegebiet Immenhain". Die hier ansässigen Firmen - unter ihnen der Militariahändler Edelmann - nutzen seither die ehemaligen Lagergebäude als Geschäfts- oder Lagerräume. Während der Gewerbepark weithin sichtbar ausgeschildert ist, fehlt jeder Hinweis auf das "Stalag" Sandbostel.

Doch damit nicht genug: Als die 89jährige Marie Thomas im November 2003 gemeinsam mit Angehörigen den Ort aufsuchen wollte, an dem vor 60 Jahren ihr Mann zu Tode gekommen war, wurde sie von einem Mitarbeiter der Firma Edelmann beschimpft, mit einer Holzlatte bedroht und so zur Umkehr gezwungen. Nämlicher Herr, der auf den Nachnamen Siemens hört, gab auf Nachfrage unumwunden zu, er reiße nicht mehr funktionstüchtige Lagerbaracken systematisch ein.

Dass die Baracken seit 1992 unter Denkmalschutz stehen, interessiert weder ihn noch den zuständigen Landrat Hans-Harald Fitschen (CDU). Auf die Frage eines Journalisten des niederländischen Fernsehsenders KRO, was er denn in seiner Eigenschaft als Chef der unteren Denkmalschutzbehörde für den Erhalt der Lagerbaracken tue, konnte Fitschen nur dümmlich grinsen und mit den Achseln zucken. Was die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Lagergelände angehe, seien ihm die Hände gebunden: *"Das ist Privateigentum."*

Die Gemeinde Sandbostel stellt sich ohnehin strikt gegen die Einrichtung einer Gedenkstätte. Hier hält man sich lieber an den "Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" und seine geschichtsrevisionistische Sicht des Zweiten Weltkriegs: Der im Ort gelegene Friedhof für die Sandbosteler Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge ist auf den Hinweisschildern des Volksbunds als "Kriegsgräberstätte" ausgewiesen. Bereits frühzeitig entledigte man sich des Ehrenmals, das die sowjetische Militäradministration kurz nach Kriegsende für die ermordeten Rotarmisten auf dem Friedhof errichtet hatte: Es wurde 1956 auf Beschluss der niedersächsischen Landesregierung gesprengt.

* Literatur: Werner Borgsen/ Klaus Volland: Stalag X B Sandbostel. Zur Geschichte eines Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers in Norddeutschland 1939-1945. Bremen 1991. Aktuelle Informationen: Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel, Großer Platz 4, 27432 Bremervörde, Tel./Fax 04761-746858, www.dokumentationsstaette-sandbostel.de

Peer Heinelt (Jw 04.02.04)

Ausstellungs-eröffnung

Am Freitag, den 23. April wurde die Ausstellung "Kinder im Krieg" von Terres des Hommes im Bürgerhaus Gustav-Heinemann in Vegesack eröffnet.

Es werden Aufnahmen aus verschiedenen Kriegssituationen den Erlebnisberichte der Kinder aus eben diesen Krisengebieten gegenübergestellt.

Die Ausstellung läuft **bis zum Samstag, den 15. Mai 2004**.

Neues, altes Europa - Teil 2

C) Die EU verfasst sich militaristisch

Die wohl umfassendsten Änderungen zwischen dem EU-Verfassungsentwurf und den bisherigen EU-Verträgen ergeben sich bei der so genannten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die GASP soll bei der EU zentralisiert werden. Die Mitgliedsstaaten sollen die GASP dann umsetzen. Eine zentrale EU-Armee ist auf dieser Stufe bisher noch nicht vorgesehen.

Im Prinzip denken sich die Mitglieder der Verfassungskommission den Ablauf folgendermaßen: Nach Art. I-39 EU-VerfE bestimmt der Rat die strategischen Interessen der EU und legt die Ziele der GASP fest. Wie das z. B. aussehen kann, zeigen Strucks Verteidigungspolitische Richtlinien. Ein Teil der GASP bildet die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Nach ihr erfolgen militärische und zivile (z.B. polizeiliche oder medizinische) Operationen. Solche Operationen können auch außerhalb der EU zur Friedenssicherung (z.B. Eingreifen in laufende militärische Konflikte), Konfliktverhütung (Präventivkrieg im Falle eines bevorstehenden Konflikts) und Stärkung der internationalen Sicherheit (Eingreifen auch ohne Konflikt, wenn es den Interessen der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten nützt) gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen (UN) (Art. I-40 Abs. 1 EU-VerfE) stattfinden. Beschlossen werden diese Operationen vom Ministerrat (Außenminister). Diese Beschlüsse sind für die Mitgliedsstaaten bindend (Art III-198 Abs. 1,2 EU-VerfE). Praktisch hieße das, dass nach derzeitig gültigem deutschem Verfassungsrecht der Außenminister bei einem geplanten Auslandseinsatz der Bundeswehr das Votum des Bundestages abwarten müsste, bevor er im Ministerrat sein Votum abgibt.

Drei mögliche Entscheidungsalternativen hat ein Außenminister (Zustimmung, Enthaltung und Ablehnung). Lehnt ein Außenminister ab, kann die EU die Operation nicht durchführen (Einstimmigkeitsprinzip). Einzelne Mitgliedsstaaten können die Operation natürlich im Rahmen von UN- oder NATO-Aktionen, bzw. aus eigener Machtvollkommenheit durchführen. Gibt es keine Gegenstimme, und ein Außenminister enthält sich, muss sich sein Staat militärisch und finanziell nicht an den Operationen beteiligen. Im "Geiste der Solidarität" verhindert er aber nicht Maßnahmen, welche die anderen Staaten für erforderlich halten (z.B. Überflugrechte etc.). Enthalten sich mindestens ein Drittel der Minister und vertreten sie mindestens ein Drittel der Unionsbevölkerung so wird die Operation als abgelehnt betrachtet (Art. III-201 EU-VerfE). Stimmt ein Staat zu, und kommt der Beschluss zustande, dann hat er keinerlei Einfluss mehr auf die zur Verfügung gestellten Truppen. Umsetzen sollen diese Operationen die Armeen der Mitgliedsstaaten (Art. I-40 Abs. 1 EU-VerfE).

Der Art. I-40 Abs. 3 Satz 3 EU-VerfE hat unter Friedensfreunden am meisten Aufsehen erregt, denn dort heißt es schön versteckt lapidar "*Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern*". Dies ist eine ständige Aufrüstungsverpflichtung. Um dies zu überwachen, wird ein Europäisches Rüstungsamt eingerichtet. Zu seinen Aufgaben wird es u.a., gehören den operativen Bedarf zu ermitteln, Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen ggf. durchzuführen. So erhält der militärisch-industrielle Komplex Europas eine eigene Behörde, die zumindest erheblichen Druck auf einzelne Mitgliedsstaaten ausüben kann, dieses oder jenes Waffensystem von diesem oder jenem Rüstungskonzern zu kaufen bzw. entwickeln zu lassen.

An Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens kommt wahrscheinlich weder die EU noch ein anderer Mitgliedsstaat heran. Staatsgeheimnisse dürfen die EU-Staaten nämlich für sich behalten (Art. III-342 EU-VerfE). Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die beiden offiziellen europäischen Atommächte von dieser Klausel Gebrauch machen. Das gilt aber auch für die möglichen biologischen und chemischen Waffen der Bundesrepublik.

D) Die EU verfasst ihren Grundrechtskatalog minimalistisch

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte legt die EU Grundrechte für ihre UnionsbürgerInnen (dies sind Staatsangehörige der Mitgliedsstaaten) und andere Menschen in der EU fest. Das Grundrechtsniveau entspricht in etwa dem des GG und unterschreitet ausdrücklich nie das Niveau der (von allen neuen und alten Mitgliedsstaaten unterzeichneten) Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) (Art II-52 Abs. 3).

Im Vergleich mit den Grundrechten des GG fällt auf, dass der EU-VerfE bestimmte Rechte (z.B. Versammlungs-, Koalitions- und Berufsfreiheit) als Menschen- und nicht als Bürgerrechte bestimmt. Der EU-VerfE erklärt auch dem GG fremde Rechte, wie z.B. die unternehmerische Freiheit (Art II-16), Rechte für Kinder (II-24) und ältere Menschen (Art. II-25), auf soziale Unterstützung und Sicherheit (Art. II-34), das Recht auf eine gute Verwaltung (Art. II-41 EU-VerfE) und ähnliche. Doch bleiben diese Rechte entweder sehr allgemein oder verweisen, wo sie konkreter werden, auf die Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten.

In einigem bleibt die EU-Verfassung hinter deutschem Verfassungsrecht zurück. So erlaubt Art. II-28 EU-VerfE nicht Arbeitnehmern und Gewerkschaften, sondern auch Arbeitgebern und ihren Verbänden "*bei Interessenkonflikten kollek- tive Massnahmen zur Verteidigung ihrer Interessen... zu ergreifen.*" Dies konstituiert auch ein Recht auf Aussperrung, das zumindest die Arbeitgebern aus dem GG nie ableiten konnten.

Schlimmer wirkt sich die EU-VerfE allerdings beim Abschiebeschutz aus. Nach Art. II-19 Abs. 2 EU-VerfE darf niemand abgeschoben, ausgewiesen oder an einen Drittstaat ausgeliefert werden, wenn dort für ihn das "*ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter... droht.*" Wann ein Risiko ernsthaft ist, bleibt offen. Da die EU eine gemeinsame (sprich einheitliche) Asyl- und Einwanderungspolitik anstrebt, scheinen zukünftig Abschiebungen in (der EU freundschaftlich verbundene) Folterstaaten - z.B. die Türkei - durchaus möglich.

Einen Lapsus scheinen sich die Autoren des EU-VerfE beim Anwendungsbereich des Grundrechtskatalogs geleistet zu haben, denn danach gelten die Grundrechte nur für Organe bzw. Behörden der EU und für die Mitgliedsstaaten bei der Durchführung des Rechtes der EU. Danach ist z.B. die Versammlungsfreiheit der EU völlig sinnentleert. Jede Versammlung (Kundgebung, Demo etc.), selbst wenn sie reine EU-Themen beträfe, fände auf dem Staatsgebiet eines Mitgliedsstaates (ein EU-Staatsgebiet, das nicht gleichzeitig zu einem Mitgliedsland gehörte, gibt es nicht) nach dessen gesetzlichen Regeln statt. Die Behörden, die sich mit der Versammlung beschäftigen (in der BRD Polizei und Ordnungsämter), führen auch kein EU-Recht aus, denn die EU hat beim Versammlungsrecht keinerlei Gesetzgebungskompetenz. Der wirkliche Grund für diesen Anwendungsbereich der EU-Grundrechte ist, dass einzelne Mitgliedsstaaten nicht über das EU-Recht (das ansonsten nationales Recht verdrängen würde) zur nationalen Einführung von ihnen unbekannten Grund- und Menschenrechten gezwungen werden wollen. So sind z.B. Datenschutzrechte meines Wissens in Großbritannien fast unbekannt.

Dieser Artikel wird im Juni fortgesetzt und pünktlich zur EU-Wahl beendet.

Erika Klantz

Müsste doch immer zu sehen sein

Zur Wideraufnahme der Ausstellung "Am Roland hing ein Hakenkreuz - Bremer Kinder und Jugendliche in der Nazizeit".

Zum zweiten Mal hat die Schulgeschichtliche Sammlung Bremen im März diesen Jahres in der Unteren Rathaushalle ihre Ausstellung über Schule, Kindheit und Jugend im Bremen der Jahre 1933 - 1945 gezeigt. Das MOKS-Theater zeigte wiederum sein Stück "Hans und Grete". Viele Männer und Frauen, die jene Jahre als Kinder oder Jugendliche erlebt haben, stellten sich wie beim ersten Mal als Ansprechpartner in der Ausstellung zur Verfügung. Gegenüber der ersten Präsentation im Herbst 2002 war das Interesse an der Auseinandersetzung mit der Nazizeit ungebrochen. Mehr als 300 Klassen haben diesmal die Ausstellung und/oder das Theaterstück besucht. Die meisten Schülerinnen und Schüler studierten die Objekte und Fotos anhand eines zum Schauen und Fragen anregenden museumspädagogischen Materials. Oft holten sie sich Informationen bei den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Dabei war die Bereitschaft der Jugendlichen, sich auf ausführliche Gespräche einzulassen, immer wieder erstaunlich. Bemerkenswert war aber auch die Ausdauer, mit der die etwa 7.000 erwachsenen Besucher die Ausstellung durchstreiften. Viele blieben länger als zwei Stunden und schrieben dann ausführliche Kommentare ins Gästebuch. Ihre Eintragungen lobten die Anschaulichkeit und Gründlichkeit der Ausstellung. Oft wurde gefragt, ob die Ausstellung nicht wandern könne. Häufig war zu lesen, dass es in Bremen ständig einen Ort geben müsste, an dem sich junge und alte Menschen mit dem konkreten Alltag des Nationalsozialismus auseinandersetzen können. Andere bescheinigten der Ausstellung einen exemplarischen und daher weit über Bremen hinausweisenden Charakter. Dass "stumme Zeugen" aus dem Kinder- und Jugendleben etwas bewirken, zeigte mir aber am deutlichsten ein Kommentar wie der folgende: "*Ich musste weinen. Hoffentlich kommt eine solche Zeit niemals wieder ...*"



Jetzt sind die Objekte, Fotos und Dokumente in ihre Kästen und Hüllen zurücksortiert. Eine dritte Wiederholung der Ausstellung wird es nicht geben. Bestehen bleibt aber das Bedürfnis nach einem Ort, der den Menschen, die heute leben, hilft, die Auswirkungen der Nazizeit auf das Denken, Fühlen und Handeln von Kindern und Jugendlichen zu erinnern. Und vielleicht würden Besucher einen Ort, an dem man die Folgen der faschistischen Diktatur erfahren und verstehen kann, mit einem neuen Gefühl für den Wert einer demokratischen Gesellschaft verlassen.

Ulla M. Nietsch

Meine lieben Freunde

Am nächsten 20. April 2004 ist die Gedenkfeier der Erhängung der 20 jüdischen Kinder in der Bullenhuser Damm Schule in Hamburg, die am 20. April 1945 stattgefunden hat - Ich danke dem Verein "Kinder vom Bullenhuser Damm", der sich mit seinem Präsidenten so sehr und seit so langer Zeit um diese armen kleinen Opfer bemüht, so dass die Kinder nicht vergessen bleiben - Und besonders bedanke ich mich bei Günther Schwarberg und Barbara Hüsing, die die Familien der Opfer gefunden und verteidigt haben - ohne Günther und ohne Barbara würden wir arme Familien dieser unschuldigen Kinder noch bis heute nichts von ihrer Ermordung wissen - jeder von Euch hat etwas geholfen, diese Kinder zu ehren, und ich möchte an jeden von Euch meinen größten Dank und Liebe ausdrücken - Am nächsten 20. April werde ich nicht bei Euch sein können, ich wurde vor kurzer Zeit operiert wegen einer Carotide Arterienverstopfung - glücklicherweise ist alles gut vorbei, aber ich fühle mich noch zu schwach, um nach Hamburg zu reisen - In Hamburg, sowie in Bremen gibt es für mich gute Freunde, die mich genug lieben, um meine Abwesenheit zu verzeihen - Ich werde aber in Gedanken mit Euch sein und besonders mit meinem lieben Günther, der so krank war und dem ich beste Gesundheit wünsche - Von Deutschland, besonders von Hamburg, verlange ich, dass das Gebäude "Bullenhuser Damm Schule" als Hamburger "Museum der Shoah" eingeweiht sei - Archiv-Zentrum, Dokumentations-Zentrum, Bilderzentrum, Museum, Filmothek der Zeitzeugnisse, Liste der Hamburgischen und anderen Opfer, Liste der Mörder und ihrer Mordtaten - das Gebäude möchte schnell voll werden mit dieser reichen Dokumentation - so würde dieses Gebäude zur reichsten Lehrschule für junge Generationen in Hamburg - ich möchte auch, dass die Stadt Hamburg von der UNESCO, für die Bullenhuser Damm Schule den Titel "Weltkulturerbe" verlangt, so dass das Gebäude mit dieser Anerkennung einen internationalen Schutz bekommt. Ich bitte, wenn es nicht stört, dass meine kurze Rede bei der Gedenkfeier verlesen wird. Ihr habt uns nicht vergessen; solange wir leben, werden wir Euch auch nicht vergessen. Wünschen wir zusammen, dass Deutschland nicht noch einmal auf einen solchen kriminellen Irren hereinfällt, wie es in den Jahren 1933-1945 geschah.

Henri und Denise Morgenstern

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name
Vorname ____________
Straße ____________
PLZ, Ort ____________
Geb.-Datum ____________
Bremen, den ____________
Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Nicht nur in Kommeno...

Am Donnerstag, 29.04.2004 findet im ParadoX **um 20.00 Uhr** eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Stephan Stracke, Wuppertal, statt.

Jedes Jahr zu Pfingsten treffen sich ehemalige und aktive Gebirgsjäger in Mittenwald, um ‚ihrer' Toten der beiden Weltkriege zu gedenken. Seit zwei Jahren regt sich hiergegen Protest, finden in Mittenwald Demonstrationen, Kundgebungen, Aktionen gegen das Tätergedenken statt: **Deutsche Täter sind keine Opfer. Nicht der Täter sollte gedacht werden. Kriegsverbrecher müssen verfolgt werden.**

Zwei Massaker in Griechenland, auf Kephalonia und in Kommeno, musste die Gebirgstruppe inzwischen zugeben. Kriegsverbrechen an anderen Orten werden weiterhin geleugnet. Aber gemordet wurde nicht nur in Kommeno. Nachdem verschiedene Initiativen sich in den letzten Jahren hauptsächlich mit dem Besatzungsterror in Griechenland beschäftigt haben, werden nun verstärkt die Verbrechen der Gebirgsjäger an der französischen Bevölkerung beleuchtet. Zum Schluss der Veranstaltung kann über die geplanten Aktionen gegen das ‚Traditionstreffen' der Gebirgsjäger an Pfingsten diskutiert werden. Stephan Stracke ist Historiker und forscht seit mehreren Jahren zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger.

Veranstalter: Rosa Luxemburg Initiative Bremen in Kooperation mit Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege, Bremen; Antifaschistisches Komitee; Autonome Antifa-Grupppe Bremen (AAGB)

Lidice-Prag-Fahrt im Juni

Jedes Jahr fahren einige Bremerinnen und Bremer zum Jahrestag der Vernichtung des tschechischen Dorfes Lidice bei Prag. Am 11. Juni 1942 hatte ein deutsches Besatzungskommando die Männer von Lidice erschossen, die Frauen wurden ins KZ Ravensbrück deportiert, die Kinder einer "geeigneten Erziehung zugeführt", d.h., sie wurden durch Gas getötet oder - falls dem Aussehen nach germanisch - zur "Germanisierung" in deutsche Familien gebracht. Der Ort wurde dem Erdboden gleichgemacht, nach dem Kriege in breiter internationaler Solidarität neu aufgebaut.
Die Fakten sind vielen in Bremen bekannt, da seit 1979 von der Bremer Lidice-Initiative - gerade in Anbetracht der faschistischen Verbrechen - für eine Verständigung und Versöhnung mit Tschechen und Slowaken geworben wird. In Lidice wird der "Jahrestag" immer noch in einem großen offiziellen Rahmen mit Gedenkfeierlichkeiten begangen. Da Lidice den Deutschen sozusagen "vor der Haustür" liegt, nehmen gern auch Besucher aus Deutschland teil, so auch diesmal wieder VertreterInnen der Lidice-Initiative aus Bremen. Verbunden ist die Reise mit einem Besuch von Prag, dort der Besuch einer der wenigen noch vorhandenen antifaschistischen Gedenkstätten. Ein Lidice-Gottesdienst in Kladno, sowie ein kleines touristisches Programm kommen hinzu.

Die Fahrt findet **vom 10. bis 14. Juni 2004** statt. Kosten für Bahnfahrt, Transfers, Unterkunft, Verpflegung, Eintritte ca. 280 Euro. Meldungen bitte umgehend bei Ernst Uhl, Tel. 604 501 oder per E-Mail: uhl-bremen@t-online.de.

Ernst Uhl

Kein Sozialabbau

Die Bundesregierung nimmt tiefe Einschnitte in das soziale Netz vor. Davon sind vor allem Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Behinderte und andere "kleine Leute" betroffen. Die Regierung will uns glauben machen, dass die Staatskassen leer seien. Aber sie gibt Jahr für Jahr sage und schreibe über 25 Milliarden Euro für die Rüstung aus. Dabei ist Deutschland nicht bedroht und nur von Freunden und Verbündeten umgeben, was sogar das Bundesverteidigungsministerium zugibt. Nicht einmal mit der Landesverteidigung kann man die Existenz der Bundeswehr noch rechtfertigen. Statt sie schrittweise abzuschaffen, wird die Bundeswehr zunehmend im Ausland eingesetzt, und zwar letztlich für deutsche Macht- und Wirtschaftsinteressen (ginge es der Bundesregierung wirklich um den Frieden in der Welt, stoppte sie als erstes die deutschen Rüstungsexporte). Um diese Interessen zu wahren, verpulvert Deutschland jährlich unvorstellbare Summen für die Bundeswehr. Das ist Geld, das man besser für Gesundheit, Bildung und Soziales ausgeben sollte, wo es letztlich uns allen zugute käme.

Für die geplante Anschaffung von 73 Transportflugzeugen "Airbus oliv" A400M könnten 2.250 Grundschulen á 8 Klassen gebaut werden, für die beabsichtigten 134 Transport-Hubschrauber 60 Berufsschulen für je 3.000 SchülerInnen. Die Liste lässt sich fortsetzen.

Während der Wehretat für weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr ab 2007 sogar noch steigen soll, sind weitere Einschnitte in das soziale Netz geplant. Wir meinen, es wird am falschen Ende gespart und wir fordern von der Bundesregierung Abrüstung satt Sozialabbau!

Pusdorfer Friedensgruppe

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

www.vvn-bda.de